

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Oliver Förste

Leinstraße 16
30159 Hannover

☎ 0511 – 168 46 337

📠 0511 – 168 46 376

oliver.foerste@hannover-rat.de

Haushaltsrede Oliver Förste

(Es gilt das gesprochene Wort)

Hannover, den 24. Februar 2011

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,
DIE LINKE wird immer wieder gerne totgesagt oder totgeschrieben, da ist aber vor allem der Wunsch der Vater des Gedanken. Auch im Westen haben wir inzwischen ein festgefügtes Fünf-Parteien-System. Das hat vor fünf Tagen ganz eindeutig das Wahlergebnis in Hamburg deutlich gemacht: DIE LINKE hat dort zum ersten Mal den Wiedereinzug in ein westliches Landesparlament geschafft, und deshalb können Sie auch bei den Kommunalwahlen im September in Hannover wieder ganz fest mit uns rechnen!

Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren, denn wir waren, sind und bleiben die einzige soziale Opposition hier im Rat. Und Rot-Grün, erst recht aber Schwarz-Gelb braucht Druck von links. Das, was Rot-Grün hier veranstaltet, ist oft leider nur soziale Kosmetik, aber wenn wir den Vorschlägen der FDP folgen würden, dann wären doch die Plätze vor den Kirchen bald wieder voll mit armen Menschen, die darum betteln müssen, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen. Überhaupt sind die Tafeln mit abgelaufenen Lebensmitteln eine Schande für so eine reiche Gesellschaft wie die deutsche im 21. Jahrhundert!

Und da sind auch die Haushaltsvorschläge von Rot-Grün eben nur soziale Kosmetik. Sie wollen – nicht zuletzt auf Druck der LINKEN hin – den Hannover Aktiv Pass auch für Wohngeldempfänger gelten lassen. Das ist zwar richtig, aber bei weitem nicht genug. Deshalb fordern wir, die Berechtigung für den Sozialpass auf alle diejenigen auszuweiten, die unter der EU-Armutsgrenze leben müssen, und das sind eben nicht nur die Wohngeldempfänger. Im Unterschied zu Ihnen wollen wir, dass die Kinder von Aktivpass-Inhabern nicht nur einen Euro für das Essen an den Ganztagschulen bezahlen, sondern gar nichts. Und wir wollen auch in diesem Jahr, wie alle Jahre zuvor, dass das Essensgeld an den KiTas komplett wieder abgeschafft wird. Nur so kann man den Tafeln wenigstens etwas die notleidende Kundschaft verringern.

Bei den Menschen mit wenig Geld geht es aber nicht nur um das Essen und die soziale Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, sondern schlicht und einfach um eine warme Wohnung. Wir hatten wieder einen relativ harten Winter, und so kann man sich jetzt schon ausrechnen, dass die Nachzahlungen für den Energiebezug bei den Stadtwerken wieder ziemlich hoch ausfallen werden, und viele Schwierigkeiten bekommen werden, das zu bezahlen. DIE LINKE hat hier im Rat bereits mehrfach Sozialtarife für den Bezug von Strom und Gas bei enercity eingefordert, weil dieses Energieunternehmen zum größten Teil der Stadt gehört.

Wir wollen auch jetzt wieder Sozialtarife für Strom und Gas als Bestandteil des Sozialpasses einführen, das wird natürlich wieder abgelehnt. Rot-Grün aber hat auf unsere diesbezüglichen Initiativen reagiert und eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema ins Leben gerufen, frei nach dem Motto: ‚Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ‘ ich einen Arbeitskreis‘. Und siehe da, der Berg kreiste und gebar eine Maus: Es gibt jetzt Energieberatung für Arbeitslose, ansonsten ist nichts dabei herausgekommen. Und so wird wieder bei vielen armen Menschen die Heizung einfach abgedreht.

Im Jugendhilfeausschuss abgelehnt haben Sie auch unsere Anträge für eine zusätzliche Stelle bei der Straßensozialarbeit und für die Wiedereinrichtung der dritten Stellen in den städtischen Jugendzentren. Statt mit den Jugendlichen vernünftig zu reden, schickt man dann lieber die Polizei, das allerdings kostet die Gesellschaft am Ende mehr, als vorbeugende Maßnahmen.

Und, meine lieben Damen und Herren von SPD und Grünen, wir kennen ja auch Ihr Standardargument, mit dem sie unsere sozialpolitischen Anträge immer wieder einfach wegbügeln: „Es ist kein Geld dafür in der Kasse“, und unsere, eigentlich auch für Sie wünschenswerte Wünsche seien einfach nicht bezahlbar. So einfach kommen Sie uns diesmal aber nicht davon! Denn wir machen heute zwei ganz konkrete Vorschläge, wie die Einnahmesituation der Stadt verbessert werden kann, damit nicht nur unsere Forderungen finanziert werden können, sondern darüber hinaus auch noch der städtische Haushalt endlich nachhaltig konsolidiert werden kann.

Da ist zum Einen die Einführung einer Bettensteuer für das Hotelgewerbe in Höhe von sieben Prozent, um die unverschämten Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung an die großen Hotelkonzerne zumindest ein wenig rückgängig zu machen. Unter anderem Köln und Weimar haben die Bettensteuer bereits eingeführt, und warum sollte Hannover da zurückstehen?

Da ist zum anderen aber vor allem unser Vorschlag, den Hebesatz der Gewerbesteuer um 20 Punkte auf dann 480 Punkte zu erhöhen. Damit würde Hannover immer noch knapp hinter Städten, wie beispielsweise München und Bochum mit je 490 Punkten liegen. Diese Erhöhung der Gewerbesteuer würde auf einen Schlag geschätzte 23 Millionen Euro pro Jahr in die Stadtkasse spülen – und ich sehe ja von hier aus schon die Augen des Stadtkämmerers Marc Hansmann glänzen, der sich natürlich und berechtigterweise darüber freuen würde.

Denn bekanntermaßen schiebt die Stadt seit vielen Jahren ein strukturelles Defizit vor sich her, das alleine mit Kürzungen auf der Ausgabenseite nicht beseitigt werden kann. Bisher insgesamt sieben Haushaltskonsolidierungskonzepte zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt haben dies jedenfalls nicht vermocht. Wir sind jetzt beim HSK VII angelangt – vielleicht werden Sie dann ja beim HSK 30 endlich merken, dass man eine Zitrone nicht 30 Mal ausquetschen kann. DIE LINKE macht hier also zwei ganz konkrete Vorschläge zu einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation, damit die Stadt Hannover endlich wieder einmal schwarze Zahlen schreiben kann.

Wir wissen natürlich auch, dass ein Großteil der Einnahmeverluste für die Kommunen in den vergangenen Jahren durch eine verfehlte Steuergesetzgebung des Bundes zustande gekommen ist. Beispielsweise sei hier nur die Absenkung des Spitzensteuersatzes von seinerzeit 53 Prozent auf jetzt 42 Prozent genannt. Dafür war allerdings die frühere rot-grüne Bundesregierung zuständig, und das muss jetzt Rot-Grün in Hannover ausbaden.

Und wir wissen hier auch alle, dass sowohl die verschiedenen Landesregierungen, als auch die Bundesregierungen jeglicher Couleur immer wieder Gesetze verabschieden, die die Haushalte der Kommunen belasten ohne ihnen auf der anderen Seite auch die finanziellen Mittel dafür bereit zustellen. Das machen im Übrigen sowohl Rot-Grün, als auch Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot ganz gerne, auch wenn ihre Bürgermeister vor Ort anschließend dagegen demonstrieren.

Dass Schwarz-Gelb die Steuergeschenke des vergangenen Jahrzehnts nicht ausgleichen will, kann ich ja noch verstehen, man macht damit schließlich wohlverstandene Klientelpolitik. Aber dass Rot-Grün, statt eine vernünftige Steuerpolitik zu machen, lieber das Gemeineigentum der Hannoveranerinnen und Hannoveraner verschleudert, nämlich die öffentlichen Plätze privatisiert, das kann ich nicht wirklich verstehen. Deshalb sage ich hier noch Mal ganz eindeutig: DIE LINKE wendet sich strikt gegen den Verkauf des Klagesmarktes, des Steintorplatzes und des Andreas-Hermes-Platzes an private Investoren. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen öffentlichen Freiraum, die Stadt braucht Luft zum Atmen – und auch für Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen muss ausreichend Platz vorhanden bleiben!

Eine kleine Anmerkung, jedoch eine große Kritik, habe ich allerdings auch noch, was die Ausgaben der Stadt angeht, die sie hier alle gemeinsam, bis auf DIE LINKE beschlossen haben. Und das ist der Kredit an die Deutsche Messe AG. Jahr für Jahr kostet das die Stadt und die Steuerzahler acht Millionen Euro an Zins und Tilgung. Auch bei diesem Beschluss, der die Stadtkasse auf Jahrzehnte hin belastet, waren wir die einzige Opposition. Und aus den von mir genannten Gründen werden wir hier und heute gegen den von Ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf stimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.